

Protokolleintrag vom 26.03.2014

2014/95

Motion von Fabienne Vocat (Grüne) vom 26.03.2014:

Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt

Von Fabienne Vocat (Grüne) ist am 26. März 2014 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit der Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen wie Supervision, Coaching oder ähnliches für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt Zürich eingeführt werden kann.

Begründung:

Polizistinnen und Polizisten werden bespuckt, beschimpft, bedroht, angeschrien, sexuell belästigt und angegriffen und müssen mit extremen Situationen sozialen Leids umgehen. Wie sie damit umgehen, ist in der Stadt Zürich jeder Polizistin und jedem Polizisten selbst überlassen. Der Führungsebene der Stadtpolizei ist dieses Problem bewusst. Aus dem Konzept „Sicherheit 2020“: „Zu den äusserlichen Belastungen denen die Mitarbeitenden ausgesetzt sind (Respektlosigkeit, Gewalttätigkeit, schwieriges Arbeitsumfeld, kurzfristige Aufgebote an Wochenenden), gesellen sich innerliche Belastungen (familiärer Druck, Arbeitsunzufriedenheit, Ausbrennen, Fluktuation usw.). Diese Situation kann die Stadtpolizei im Rahmen ihrer Personalpolitik als fürsorgliche Arbeitgeberin nicht mehr länger tragen.“ Zusätzliche Stellen zum Abbau der Überzeit sind sicher sinnvoll, doch wird damit der ausserordentlichen Belastung der Polizistinnen und Polizisten innerhalb der regulären Arbeitszeit nicht begegnet.

1. Es mutet zynisch an, dass für bestimmte Polizeifunktionen mit „Ausbrennzeiten“ von wenigen Jahren gerechnet werden muss.
2. Für Sozialarbeitende und Psychologen/-innen ist Supervision oder Coaching selbstverständlich. Sie können darin den Umgang mit schwierigen Klienten/-innen und die Erfahrung von extremem Leid verarbeiten, Strategien entwickeln und die Qualität ihrer Arbeit verbessern sowie destruktive Gefühle wie Wut und Frustration verhindern. Wieso ausgerechnet der am meisten belasteten Berufsgruppe unserer Gesellschaft keine Unterstützung zugestanden wird, ist nicht nachvollziehbar.
3. Die Führung der Stadtpolizei rät den Polizistinnen und Polizisten, mit Berufskollegen/-innen über ihre Erfahrungen zu reden, sich auszutauschen und möglichst viel Freizeit miteinander zu verbringen. Das ist falsch und gefährlich. Damit wird ausgerechnet bei der Berufsgruppe mit dem Gewaltmonopol ein gefährliches Phänomen der Orientierung nach innen und Abschottung nach aussen gefördert. Die Geschichte beweist, dass solche Prozesse zu verheerenden Resultaten führen können.
4. Abgesehen davon ist es für die Arbeit der Polizei enorm wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten sich in der ausserpolizeilichen Welt bewegen und kommunizieren können. Sie müssen fähig bleiben zu realisieren – obwohl sie tagtäglich das Gegenteil erleben – dass es NICHT in Ordnung ist, wenn sie bespuckt, beschimpft, bedroht, angeschrien, sexuell belästigt und angegriffen werden. Nur so können sie weiterhin ihre Empathie bewahren und ihre Arbeit professionell ausführen.

Mitteilung an den Stadtrat